

JA



Annelie Buntbach, 54, ist im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB

Der Missbrauch in der Leiharbeit muss schnellstens beseitigt werden. Der Fall Schlecker zeigt, dass es sich oft um systematisches Lohndumping handelt, indem reguläre Arbeitsplätze durch schlecht bezahlte Leiharbeiter ersetzt werden. Diesem Missbrauch wurden 2003 per Gesetz

Tür und Tor geöffnet. Anders als zum Beispiel in Frankreich, wo Leiharbeiter/innen nicht nur den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern eine zusätzliche Prämie erhalten, bezieht hier jede/r achte Leiharbeiter/in zusätzlich Lohn IV, weil die Löhne nicht zum Leben reichen. Das Problem ist, dass Union und FDP die Zustände wie bei Schlecker zwar beklagen, doch die Durchsetzung der Gleichbehandlung von Leiharbeiter/innen und Mindestlöhne in der Branche seit Jahren blockieren.



Klaus Ernst, 55, Vizeparteivorsitzender der Linken sowie arbeitspolitischer Sprecher

Die rot-grüne Regierung hat im Zuge der Hartz-Reform die Leiharbeit dereguliert und Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Gefälligkeitsarbeitsverträge von „christlichen Gewerkschaften“ sorgen dafür, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ systematisch unterlaufen

wird. Dabei ist der Fall Schlecker nur die Spitze des Eisbergs. Die Befürchtung, durch Schlecker werde die ganze Leiharbeitsbranche diskreditiert, ist falsch. Sie ist es bereits, und das zu Recht. Um die Auswüchse modernen Sklaventums durch Leiharbeit zu bekämpfen, fordert Die Linke das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Ausnahmeregelungen. Die Überlassungshöchstdauer soll wieder auf drei Monate begrenzt und den Leiharbeiter/innen ein Flexibilitätszuschlag gezahlt werden.



Benedikt Hopmann, 60, Anwalt, vertritt Betriebsräte – auch die von Schlecker

Unternehmer leihen sich Arbeitskräfte aus, weil sie damit Lohnkosten, Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Kosten und Fristen für Kündigungen sparen. Leiharbeiter unterliegen nicht dem Tarif des Betriebs, in dem sie eingesetzt werden. Die Regel „Equal pay“ gilt nicht, weil die Schröder-Regierung, vereint mit CDU und FDP, im Jahr 2004 diesen Grundsatz mit einer Ausnahmeklausel verband. „Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen.“

Den Zusatz „zugunsten der Arbeitnehmer“ ließ man weg. Dass sich aber immer „Strohgewerkschaften“ finden, die mit den Leihfirmen viel niedrigere Tarifverträge abschließen und damit die DGB-Gewerkschaften unter Zugzwang setzen, war der Regierung wohlbekannt. Es gibt keine Kampfkraft in Leiharbeitsfirmen. Was Leiharbeitern an Löhnen genommen wird, teilen sich die Unternehmen. Kündigt die Leiharbeitsfirma, klagt der Gekündigte fast nie, weil er hofft, später doch wieder eingestellt zu werden. Leiharbeiter sind ohne Geld, ohne Recht und ohne Macht. Leiharbeitsfirmen handeln mit Menschen. Menschenhandel muss abgeschafft werden.



Hardy Klag, 50, ist taz.de-User und hat einen Kommentar zur Streitfrage online gepostet

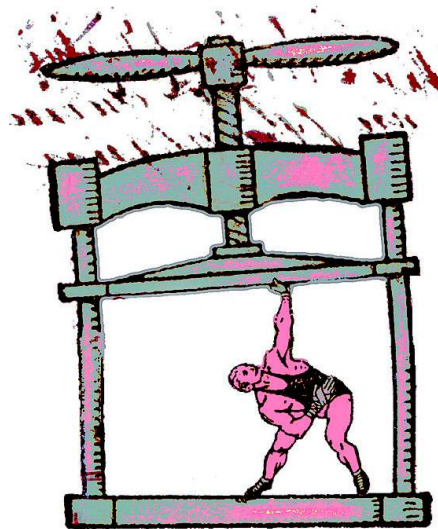
Leiharbeit muss auf jeden Fall abgeschafft werden, und zwar ausnahmslos. Wenn man sich bei Firmen wie beispielsweise BorgWarner (frü-

her Kühnle Kopp & Kausch) oder bei den meisten Autoherstellern bewirbt, wird man an Leiharbeitsfirmen verwiesen. Und die bezahlen meistens nur die Hälfte. Es ist unerträglich, wenn man neben einem Festangestellten, der das Doppelte für die gleiche Arbeit verdient, arbeiten muss. Das muss sofort aufhören. Das ist moderne Sklaverei.

DIE SONNTAZ FRAGE

Muss Leiharbeit abgeschafft werden?

GERECHTIGKEIT Immer mehr Firmen leihen sich Beschäftigte – um flexibel zu bleiben. Viele wollen jedoch zugleich Löhne drücken und Betriebsräte ausschalten



nächste Frage
Die sonntazfrage wird vorab online gestellt. Immer am Dienstagmittag. Wir wählen eine interessante Antwort aus und drucken sie dann in der sonntaz.
taz.de/sonntazstreit

Fotos: mauritius images/dieKleintert (Illu), taz, ap (3), Aris, privat (2), Kanzlei KasperKnacke

NEIN



Ursula von der Leyen, 51, ist seit November 2009 Bundesarbeitsministerin (CDU)

Nein! Wir brauchen die Zeitarbeit, gerade weil sie für diejenigen Arbeit ermöglicht, die sonst kaum Chancen haben. Fast zwei Drittel der Leiharbeiter waren vor dem Einstieg bei ihrer Zeitarbeitsfirma arbeitslos. Weitere 9 Prozent hatten noch nie zuvor einen Job. Die Arbeit für eine Zeitarbeitsfirma ist allemal besser als Langzeitarbeitslosigkeit, Schwarzarbeit oder 400-Euro-Jobs. Denn Zeitarbeiter sind sozial abgesichert, ihre Arbeitgeber leisten Sozialversicherungsbeiträge.

Häufigarbeiten sie zu denselben Konditionen wie die Stammbesetzung, oder sie sind durch Tarifverträge abgesichert. Die Intention des Gesetzgebers war und ist, dass Flexibilität am Arbeitsmarkt und Schutz ausbalanciert sind. Natürlich profitiert auch die Wirtschaft. Es ist aber nicht akzeptabel, dass Unternehmen die gute Idee der Zeitarbeit ad absurdum führen, komplette Stammbesetzungen vor die Tür setzen, damit sie morgen zu schlechteren Bedingungen via Leiharbeit wieder auf demselben Arbeitsplatz erscheinen. Das ist Missbrauch, den wir nicht dulden. Ich werde dafür sorgen, dass Versuche, das Gesetz zu umgehen und Zeitarbeit in Verruf zu bringen, scheitern.



Olaf Scholz, 51, war bis 2009 Arbeitsminister und ist Vizevorsitzender der SPD

Wir müssen die Leiharbeit nicht abschaffen, denn sie kann helfen, Menschen in Arbeit zu bringen – aber sie braucht klare Regeln und eine Begrenzung. Einem Missbrauch von Leiharbeit, bei dem Kernbelegschaften dauerhaft durch Leiharbeiter ersetzt werden, müssen wir entgegenreden. Daher sollten die Mitbestimmungsrechte von Be-

triebsräten über Zahl und Dauer der Leiharbeitsverhältnisse im Unternehmen ausgeweitet werden. Der Konzerninternern Verleihung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Um die Leiharbeiter zu schützen, muss der Equal-Pay-Grundsatz spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit unänderlich gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Vor allem brauchen wir eine Lohnuntergrenze in der Leiharbeit. Wenn jemand Vollzeit arbeiten geht, muss er davon leben können. Egal, ob er seine Arbeit als Leiharbeiter oder regulär Beschäftigter leistet.



Frank Hahn, 46, Arbeitsrechtsanwalt, vertritt Discount-Unternehmen wie Schlecker

Seit der Liberalisierung der Leiharbeit im Jahr 2004 ist diese Beschäftigungsform so stark wie keine in Deutschland gewachsen. Mit positivem Ergebnis. Denn nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden insge-

samt etwa 30 Prozent der LeiharbeiterInnen fest übernommen, teils von den Unternehmen, wo sie eingestellt sind, teils von anderen Unternehmen. In Zukunft wird die Leiharbeit weiter boomieren. Der Vergleich mit den europäischen Nachbarländern, in denen es mehr Leiharbeiter gibt als in Deutschland, zeigt, dass Leiharbeit auch für die Unternehmen, die eine Flexibilität, insbesondere bei Auftragspitzen benötigen, eine sinnvolle Beschäftigungsform ist.



Ulrich Walwei, 51, Vizedirektor des Forschungsinstituts der Agentur für Arbeit

Die Leiharbeit hat sich trotz starker Verluste im Zuge der Wirtschaftskrise national und international als eine immer wichti-

gere Erwerbsform etabliert. Sie erleichtert den Einstieg in die Beschäftigung. Gerade für Geringqualifizierte bietet sich so eine Einkommensquelle statt der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Damit mildert die Leiharbeit die negativen Konsequenzen des Strukturwandels für wettbewerbschwächere Arbeitnehmer zumindest ab.

sonntaz wette

- Am Mittwoch startet die Modemesse Bread&Butter. Wie viele Besucher kommen?
- Am Sonntag sind Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Wer gewinnt?
- Schafft es Kameruns Nationalteam ins Viertelfinale des Afrika-Cups?

Geben Sie bitte bis Dienstag, 9 Uhr, Ihre Prognose auf taz.de ab. Zu gewinnen gibt es in dieser Woche den Reiseführer „Deutschland für Eigensinnige“ von Christel Burghoff und Edith Kresta. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
taz.de/sonntazwette

MITMACHEN! BEWEGEN!
WWW.BEWEGUNG.TAZ.DE

**TERMINE ANKÜNDIGEN
ALTERNATIVE ORTE EMPFEHLEN
ORGANISATIONEN VORSTELLEN
AKTIONEN STARTEN**

bewegung
taz.de

PLATTFORM FÜR VERÄNDERUNG

Es geht noch viel nackter

Das virtuelle Abtasten am Flughafen steht vor allem der Nacktscannerindustrie. Und es ist doch erst der Anfang

im größeren Feldtest die reisende Bevölkerung elektromagnetisch bestrahlt werden.

Das Wort „Nacktscanner“ war auf Platz sieben der Wörter des Jahres 2008, und viele glaubten bis vor kurzem, die Debatte sei vorüber. Doch die Hersteller wollen ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Seit 2002 – nunmehr immerhin acht Jahre – wird an der enttüllenden Technik geforscht, da muss endlich ein „Return on Investment“ her. Es gibt zwar noch keine Langzeituntersuchung über Gesundheitsgefahren, aber dafür kann ja bald

heute entwickelt werden, sollen zukünftig Verhaltensmerkmale der Reisenden aufzeichnen und auswerten: Bewegungsmuster, vermehrte Lidschläge, Pupillenvergrößerung, Herzschlagfrequenz, Atmungshäufigkeit, Hauttemperatur. Es geht also noch nackter. Vielleicht kann man sich den Besuch beim Arzt zukünftig sparen, die medizinische Analyse wird am Flughafen gleich miterledigt.

Die verstärkten Abgrabelungen in den letzten Tagen sind quasi die handgreifliche Werbekampagne für die Nacktscanner.

Wollen Sie nicht lieber nur kurz virtuell ausgezogen werden, statt intensive Betastung durch echte Menschen zu erdulden? Mach dich also nackig für den Umsatz der Nacktscanner-Hersteller. Das passende Schlagwort in Anlehnung an die US-amerikanische Transportation Security Administration (TSA) fand sich bereits: TSA-Porno.

Wie sich gerade herausstellte, verfügen die Scanner über einen sogenannten Testmodus, in dem sie die Bilder ungefiltert aufzeichnen und per Netzwerk übertragen. Sicher wird es nicht lange dauern, bis entsprechende Fetisch-Ecken in den Pornoportalen auftauchen. Bei sechs Euro Stundenlohn verspricht so ein Nacktscanbild von Britney Spears oder Kristina Köhler, den Richtigen angeboten, ein schönes Zubrot fürs Bedienpersonal.

■ Die Autorin ist Sprecherin des Chaos Computer Clubs Foto: privat



Interview ohne Worte: Das Projekt „rethink 08“ bat US-Studenten, ihre Gefühle zum Zeitpunkt der Obama-Wahl ...



Bei vielen anderen jungen Wählerinnen und Wählern sieht man einen Stimmungsumschwung von Entzücken ...

BILANZ Ein Jahr Barack Obama. Gesundheitsreform, Guantánamo, Afghanistan – ist der „change“ jetzt da oder nicht? Ein inneres Zwiegespräch

Alles gleich, nur anders

VON BERND PICKERT

Boah, ist das wirklich schon wieder ein Jahr her? Vor dem Capitol in Washington, Millionen Leute. Und Barack Obama mit dem verhaspelten Schwur zur Amtseinführung als erster schwarzer Präsident der USA. Am schönsten war, wie George W. Bush in den Hubschrauber stieg und endlich davonflog. Hach!

Damals dachten wir noch, dass alles anders werden könnte. Oh je.

Hallo??? Es ist doch auch alles anders geworden. Na ja, vieles. Gut, manches. Okay, Guantánamo wollte er gleich schließen, und es ist immer noch da. Es ist aber auch schwierig, was soll man mit diesen Leuten machen? Und jetzt noch dieser Anschlagversuch an Weihnachten – ein Geschenk für die Republikaner. Dick Cheney kräht doch schon die ganze Zeit, dass Obama die USA immer unsicherer und schwächer machen würde. Und trotzdem versucht Obama auch jetzt noch, alles anders zu machen. Er hat doch selber in seiner Rede zum Anschlag gesagt, die bürgerlichen Freiheiten dürften nicht aufgegeben werden.

Ah, eigentlich sind die ganzen Maßnahmen aus der Bush-Zeit noch in Kraft, oder? Und nach Afghanistan schickt er sogar noch mehr Truppen...

Aber das hat er vorher gesagt! Und die Gesundheitsreform, sein wichtigstes Wahlversprechen, ist doch jetzt schon so gut wie verabschiedet, ist das vielleicht nichts?

Aber von dem, was Obama eigentlich vorhatte, ist nicht viel übrig geblieben, der staatliche Teil ist raus, und der Anspruch, wirklich alle US-Amerikaner zu versichern, ist auch dahin.

Aber da kann Obama nichts dafür, es ist doch der Kongress, der das alles gekillt hat!

Stimmt, aber weiß man das nicht vorher, dass das durch den Kongress muss? Muss er sich da nicht durchzusetzen?

Ja, schon richtig, aber Obama konnte doch nicht damit rechnen, dass die Republikaner so dermaßen stur sein würden!

Einverstanden: Obama hat wohl wirklich geglaubt, er könnte eine neue überparteiliche Zusammenarbeit einleiten. Vielleicht seine größte Fehleinschätzung. Aber was ist dann aus dem ganzen Wahlkampfmantra geworden, er würde den Politikbetrieb in Washington grundsätzlich verändern, die Lobbyisten würden weniger Einfluss bekommen, und die BürgerInnen, hätten das Wort? Eben, nichts. Obama ist Politiker, und die anderen sind auch alle noch da. Beim nächsten Wahlkampf kann dann ein Republikaner gegen den Washingtoner Filz wettern.

Na klasse, und wir Obama-Unterstützer machen mit. Das fällt wirklich auf: Man findet viel mehr Obama-Unterstützer, die ganz vieles in diesem ersten Jahr schlecht finden, als Obama-Gegner, die auch nur ein paar Sachen gutheißen. Wenn das so weitergeht, verlieren die Demokraten im November die Kongressmehrheit.

Und, wär das wichtig? Schlimmer als mit diesem Kongress jetzt kann das doch auch kaum kommen.

Jetzt ist aber mal gut! Und außerdem: die Außenpolitik! In diesem ersten Jahr hat Obama mindestens drei großartige Reden gehalten, ob nun die an die islamische Welt in Kairo, die vor der UN-Vollversammlung oder die zum Friedensnobelpreis in Oslo. Die war übrigens wirklich gut, so reflektiert und differenziert! Ein neuer Stil in der internationalen Politik!

Aber seine Gegner im eigenen Land lachen sich tot darüber, und tolle neue Allianzen hat Obama international auch nicht schmieden können. Intellektuelle Eloquenz, das merkt er wohl auch selbst, ist für den Präsidenten der USA nicht mal eine notwendige Bedingung – eine hinreichende in keinem Fall. Menno!!!!



... und wenige Monate später zum Ausdruck zu bringen. Manche von ihnen blieben bei ihrer deutlichen Unterstützung Fotos: Carmen Irish



... bis hin zu Wut und Enttäuschung. Alle Fotos der Reihe sind bei rethink08.wordpress.com zu sehen Fotos: Tetona Dunlap

An der entscheidenden Stelle wäre ich beinahe eingeknickt. Wieder einmal fragte ein arabischer Kollege nach der deutschen Haltung zum Nahostkonflikt, ein Ritual, das sich in der Berliner Bundespressekonferenz regelmäßig wiederholt. Diesmal schlief ich sogar mit gutem Gewissen, denn bevor ich in den Pressesaal ging, hatte mich ein israelischer Historiker im Morgenradio mit einem wunderbaren Satz beglückt: „Jerusalem ist ein ungelöstes Problem schon 3.000 Jahre lang, und vielleicht bleibt es auch ein ungelöstes Problem für die nächsten 3.000 Jahre.“

Ich wachte auf, als die deutschen Journalisten plötzlich zu lachen begannen. Das wunderte mich, denn die meisten sahen die Sache mit dem Nahen Osten

ungefähr so wie der Historiker. „Lebenszeichen aus dem Kanzleramt, sehr schön“, amüsierte sich einer. Es gelang mir, die Frage aus dem Halbschlaf heraus zu rekonstruieren. „Können Sie mir sagen, ob es von der Bundeskanzlerin irgendein Lebenszeichen gibt?“ Das hatte sich auf ein paar frühere deutsche Botschafter bezogen, die von der Regierungschefin mehr Kritik an der israelischen Siedlungspolitik verlangten. Diese Szene spielte sich im Dezember ab. Sie scheint aber nur allzu gut zur politischen Lage zu passen, zu einer Debatte, die damals noch gar nicht richtig

begonnen hatte.

An diese Episode musste ich denken, als die Koalitionsparteien für diesen Sonntag ein Gipfeltreffen im Kanzleramt anberaumten. Der graue Betonbau bot zuletzt die Kulisse für eher freudlose Auftritte. Als Merkel dort im Dezember wegen der Steuersache den Regierungschef von Schleswig-Holstein empfing, zeigte sie sich erst gar nicht. Nach einem „Bildungsgipfel“ mit den Ministerpräsidenten trat sie zwar vor die Presse, sprach aber nicht über

Merkels Jerusalem

Der Steuerstreit ist auch nach sechs Wochen Machtwortdebatte ein ungelöstes Problem. Womöglich bleibt er das für die nächsten 3.000 Jahre

RALPH BOLLMANN
POLITIK VON OBEN



Bildung, sondern über Steuern. Die zuständige Fachministerin sagte daraufhin ein eigenes Statement wieder ab, weil sie merkte, dass es um ihr Thema bei dem Treffen überhaupt nicht ging.

Die Suche nach dem Lebenszeichen aus dem Kanzleramt nahm in den folgenden Wochen absurde Züge an. „Es gibt genügend zu tun, aber wir können das auch schaffen“, zitierte eine Nachrichtenagentur in ihrer Verzweiflung die Kanzlerin. Der folgende Satz lautete dann aller-

dings: „Dies bezog Merkel auf den Erhalt der Tier- und Pflanzenarten.“

Kaum weniger amüsiert verfolgte ich die Ratschläge, die Kanzlerin solle ein „Machtwort“ sprechen, „Basta“ sagen, einen „Neustart“ wagen. Teils empfahlen das die gleichen Leute, die im Herbst noch erläutert hatten, warum Schwarz-Gelb im Vergleich zur großen Koalition das kleinere Übel sei. Die treffend, wenn auch zahnknirschend analysiert hatten, dass Merkels Vorgänger Schröder an seinen Machtworten zugrunde ging. Ich befragte das Internetlexikon Wi-

kipedia. Dort heißt es, für einen Neustart müsse man „den Reset-Knopf am Rechner drücken, der bei modernen Computern immer häufiger fehlt“.

Am Donnerstag sprach dann die Kanzlerin selbst. „Ich stelle die Steuerstrukturreform nicht infrage“, sagte sie in einem Zeitungsinterview. „Sie ist nach dem Koalitionsvertrag möglich bis 2011 umzusetzen. Dabei bleibt es.“ Aha. Es bleibt beim möglichst. Ich höre den israelischen Historiker aus dem Morgenradio. Der deutsche Steuerstreit ist ein ungelöstes Problem schon 3.000 Jahre lang. Vielleicht bleibt er auch ein ungelöstes Problem für die nächsten 3.000 Jahre.

Der Autor leitet das Parlamentsbüro der taz Foto: M. Urbach